

Nicht in einem weltfernen ethischen Überbau, sondern mitten in den Problemen dieser Welt selbst haben sich die ethischen Maßstäbe zu bewähren.

Richard von Weizsäcker

Schwierigkeiten mit dem Frieden

Vieles spricht dafür, daß den Kirchen in der Bundesrepublik in nächster Zeit eine intensive Diskussion über ihren Friedensauftrag ins Haus steht. Im evangelischen Bereich sind die Weichen dafür längst gestellt: Es gab im letzten Jahr kaum eine Synodaltagung, bei der nicht über Friedensgefährdung und Friedenssicherung, über Wettrüsten und Abrüstung diskutiert worden wäre, nicht zuletzt durch die Beschäftigung der evangelischen Kirchen in der DDR mit dem Thema Frieden angestoßen. Inzwischen wurde vom Rat der EKD eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Stellungnahme zum Problem der Verantwortung der Kirche für den Frieden vorbereiten soll. Daß dies nicht einfach sein wird, zeigt schon der Blick auf die Bandbreite der im deutschen Protestantismus gegenwärtig vertretenen Positionen: Auf der einen Seite steht die Aktion „Ohne Rüstung leben“, als Reaktion darauf kam es zur Erklärung „Sicherung des Friedens“, die eine militärische Sicherung zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens ausdrücklich bejaht.

Vergleichbares Engagement ist aus dem deutschen Katholizismus nicht zu vermelden. Während der Protestantismus schon in den 50er Jahren in der Auseinandersetzung über Wiederbewaffnung und Atomrüstung bis zu ersten Zerreißproben engagiert war, blieben Diskussionen über Sicherheit und Abrüstung auf katholischer Seite weitgehend ein Thema für Randgruppen. Das könnte sich allerdings ändern. Vor allem die Anfragen aus der Jugend sind, wie auch der Berliner Katholikentag zeigte, nicht zu übersehen. Seit Ende letzten Jahres liegt nun mit der nach mehrjähriger Vorbereitung verabschiedeten Plattform „Abrüstung und Sicherheit“ der deutschen Pax Christi katholischerseits ein beachtlicher Anstoß für die weitere Diskussion vor.

Die Kirchen sind herausgefordert

Auch wenn sie aus verschiedenen Gründen bisher mit unterschiedlicher Intensität darauf reagiert haben, stehen doch beide Kirchen gegenwärtig vor den gleichen Heraus-

forderungen: Es ist schließlich kein Zufall, daß im evangelischen Bereich in solchem Umfang alte Debatten wieder aufleben und gleichzeitig der Katholizismus nach der Umwelt- jetzt auch zunehmend die Friedensproblematik zu entdecken beginnt. Ein ganzes Bündel von Faktoren gibt der Grundsatzfrage, welcher Weg zur Friedenssicherung und -förderung im Atomzeitalter für Christen gangbar ist, *neue Virulenz*: Schritte zu effektiver Abrüstung sind nirgendwo in Sicht, Rüstungskontrollverhandlungen kommen nicht voran, im Verhältnis der Supermächte tritt wieder das Element der Konfrontation stärker in den Vordergrund, der europäische Entspannungsprozeß ist ins Stocken geraten, lokale Konflikte in der ständig weiter aufrüstenden Dritten Welt bergen schwer zu kontrollierende Möglichkeiten der Eskalation.

Die unterschiedlichen, dem Anspruch nach vom christlichen Friedensauftrag motivierten Reaktionen auf solche teils schon angelaufenen, teils noch befürchteten Entwicklungen treffen in der Bundesrepublik gegenwärtig in einen *gesellschaftlichen Kontext*, der in mehrfacher Hinsicht dazu angetan ist, die Diskussion in den Kirchen zu intensivieren: die das 25jährige Bestehen der Bundeswehr begleitenden Vorgänge und ihre Erörterung in der Öffentlichkeit haben gezeigt, daß nach wie vor über Bedeutung und Funktion der Streitkräfte nur in begrenztem Umfang Konsens besteht, daß Teile unserer Gesellschaft kein kohärentes und rationales Verhältnis zur militärischen Friedenssicherung gefunden haben. Die Debatte über die schwieriger werdende Finanzierung von Rüstungsprojekten macht deutlich, daß in einer Zeit begrenzten Wachstums und zunehmender Verteilungskonflikte Ausgaben für die militärische Sicherheit notwendigerweise stärker unter Legitimationsdruck geraten und sich daher die Frage nach dem Sinn der gegenwärtigen Verteidigungsanstrengungen überhaupt neu stellt. Dazu kommt schließlich, daß wir in einer Phase der Neuorientierung der westlichen Verteidigungspolitik stehen, deren Konsequenzen für die Bundesrepublik im Augenblick noch keineswegs voll abzusehen sind.

In den Diskussionen über Bundeswehr, Bündnis und Entspannung melden sich *divergierende Trends* zu Wort, die von jeweils verschiedenen Standpunkten aus unleugbare Schwierigkeiten und Schwachpunkte der offiziellen Sicherheitspolitik und ihrer Implikationen im Visier haben: Auf der einen Seite läßt sich unschwer ein Trend beobachten, der auf die Stärkung nicht nur der materiellen, sondern besonders der geistigen Verteidigungsbereitschaft setzt, vor Entspannungs- und Friedensillusionen warnt und vor allem die Bedeutung der militärischen Komponente der Sicherheitspolitik hervorhebt. Auf der anderen Seite ist das Bemühen festzustellen, primär den Entspannungsprozeß zu retten, gerade jetzt Abrüstungsvorschläge zu forcieren oder zumindest auf Nachrüstungsaktionen zu verzichten. Wird auf der einen Seite vor der Ausbreitung pazifistischer Strömungen gewarnt und werden Neutralisierungstendenzen angeprangert, so malen andere das Gespenst einer zunehmenden Militarisierung an die Wand. In diesem Zusammenhang richten sich auch an die Kirchen recht *unterschiedliche Erwartungen*: Wird von der einen Seite beklagt, die Kirche tue nicht genug, um die friedenssichernde Rolle der Bundeswehr zu betonen und bringe dem Auftrag der Soldaten zu wenig Anerkennung entgegen, so wird ihr auf der anderen Seite vorgehalten, sie übernehme zu unkritisch die Doktrinen der offiziellen Sicherheitspolitik und setze sich zu wenig entschieden für Abrüstung ein. Gerade auf diesem Hintergrund wird eine umfassende und kritische Selbstbesinnung der Kirche auf ihre Position und ihre Aufgaben in der Auseinandersetzung um Frieden und Sicherheit so nötig wie schwierig.

Es gibt keine eindeutige Lösung

Daß die Kirche für den Frieden und gegen den Krieg einzutreten habe, ist unbestrittener und von der Mitte der christlichen Botschaft her auch nicht bestreitbarer Ausgangspunkt, in dem sich alle an der Diskussion Beteiligten einig sind. Der *Friedensauftrag der Kirche* konkretisiert sich in einer ganzen Palette von grundlegenden miteinander verbundenen Aufgaben, die der Beschluß der Würzburger Synode über Entwicklung und Frieden so zusammengefaßt hat: „Die Kirche muß durch Gebet und Handeln die ihr eigene Friedenskraft mobilisieren, indem sie – nicht an Staatsinteressen und Ländergrenzen gebunden – überall für Gerechtigkeit und Frieden eintritt, sich gegen Verletzung der Menschenrechte wendet, wo immer sie geschehen, friedensgefährdende Zustände und Vorgänge beim Namen nennt, zur Kenntnis und Aufarbeitung geschichtlich gewordener nationaler Gegensätze aufruft sowie der Versöhnung, Verständigung und internationalen Zusammenarbeit den Weg bereiten hilft.“

So weit, so gut. Die Probleme beginnen dort, wo nach den Konsequenzen aus dem christlichen Friedensauftrag für die *Stellung der Kirchen zur staatlichen Sicherheitspolitik* gefragt wird. An kirchlichen Appellen gegen das Wettrüsten oder an Zielvorstellungen für eine vom friedlichen Zusammenleben der Völker bestimmte Weltordnung fehlt

es nicht; gerade weil es so schwer ist, sie auf die konkreten Bedrohungen des Weltfriedens hin zu konkretisieren, liegt die Gefahr kurzschlüssiger und damit unzureichender Lösungsvorschläge nahe.

So ist es mit Sicherheit nicht möglich, den gordischen Knoten mit einem Streich lösen zu wollen, wie es die Aktion „Ohne Rüstung leben“ (vgl. HK, Dezember 1980, S. 629) gefordert hat: „Wir bitten unsere Bischöfe, Kirchenleitungen und Synoden, öffentlich zu erklären, daß sie den Krieg verwerfen und daß die Verwerfung des Krieges diese Konsequenzen hat: Einstellung der militärischen Droh- und Abschreckungspolitik, Beendigung aller Rüstungsmaßnahmen, Verweigerung des Kriegsdienstes.“ Auch wenn man einer solchen Position nicht zuletzt in ihrer provozierenden Funktion Respekt zollt, muß festgehalten werden: Weder läßt sich die Forderung nach Einstellung der militärischen Abschreckungspolitik und Beendigung aller Rüstungsmaßnahmen als zwingende Folge aus der christlich gebotenen Verwerfung des Krieges ableiten, noch trägt diese Konzeption den faktischen Machtverhältnissen in der Ost-West-Konfrontation oder dem differenzierten Zusammenhang von Abschreckung und Friedenssicherung Rechnung.

Auch wenn man diese extrem-utopische Position unschwer zurückweisen kann, sind die Probleme hinsichtlich einer christlichen Legitimation der gegenwärtigen Sicherheitspolitik nicht aus der Welt geschafft. Anzeichen dafür ist nicht zuletzt die kritische Beschäftigung mit der Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“, die zum Schibboleth in der Kontroverse im deutschen Protestantismus geworden ist. Diese Kompromißformel impliziert in ihrer ersten Hälfte die *Zustimmung der Kirche zum Konzept einer Friedenssicherung durch Abschreckung* auf der Grundlage eines militärischen Gleichgewichts der Machtblöcke. Rüstung wird damit im Sinn der im Bündnis verankerten Sicherheitspolitik der Bundesrepublik als ein unerlässliches Element von Friedenssicherung akzeptiert. Die Erklärung „Sicherung des Friedens“ formuliert ausdrücklich: „Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts militärischer Macht ist daher in dem Umfang unerlässlich, der nötig ist, um jeden politischen Gewaltakt zu einem unkalkulierbaren Risiko zu machen.“

Die Formel vom Friedensdienst mit der Waffe, die auch den Aussagen des Synodenbeschlusses über den Wehrdienst zugrunde liegt, kann nicht nur dazu verleiten, den notwendigen militärischen Beitrag zur Friedenssicherung zu überschätzen, sondern führt vor allem in Aporien, wenn man nicht nur über die Abschreckung, sondern auch über den Ernstfall ihres möglichen Versagens nachdenkt: Die Nato-Strategie der „flexible response“ sieht die Möglichkeit einer stufenweisen Eskalation bis hin zum Einsatz strategischer Nuklearwaffen vor. Daraus ergibt sich unausweichlich die Folgerung: „Zur Abschreckungsstrategie gehört der feste Wille, wenn nötig Taten zu setzen, die vom Zweiten Vatikanischen Konzil ohne Einschränkung als Verbrechen verurteilt wurden“ (*Raymund Schwager*, in: Orientierung, Nr. 12/13 1980).

Einerseits ist es kurzschlüssig, mit dem warnenden Hin-

weis auf ein mögliches nukleares Inferno und die Gefahren des Wettrüstens überhaupt eine generelle Absage der Christen und der Kirchen an die Konzeption einer Friedenssicherung auch durch Rüstung zu fordern. Andererseits geht es ebensowenig an, zwar das Recht des Staates auf Verteidigung mit militärischen Mitteln theologisch zu legitimieren, dabei aber die unübersehbaren Risiken der Abschreckungsstrategie zu minimalisieren, die ja auch durch die Einbindung der Verteidigungsbereitschaft in ein Gesamtkonzept der Friedenssicherung und die grundsätzliche Bereitschaft zu Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht entschärft werden. Damit stehen die Kirchen bei ihrer Meinungsbildung zu Fragen der Sicherheitspolitik vor einer *schwierigen Situation*; viele um Ausgewogenheit bemühte Äußerungen von protestantischen Bischöfen und Synoden haben das in den letzten Monaten deutlich gemacht: Die Kirchen in der Bundesrepublik haben – soviel ist sicher – keine zwingenden Gründe dafür, das offizielle sicherheitspolitische Konzept abzulehnen oder gar die Berechtigung des Dienstes in der Bundeswehr in Frage zu stellen, sie können aber auch nicht einfach als das gute Gewissen der Verteidigungspolitik fungieren. Diese Spannung ist nicht nach der einen oder anderen Seite auflösbar. Die *Zwänge unserer Sicherheitspolitik* müssen verschärft ins Bewußtsein treten, wenn sie am christlichen *Friedensauftrag* gemessen werden.

Nüchternheit ist geboten

Unter dieser Voraussetzung kann genauer gefragt werden, welche Möglichkeiten der Kirche hinsichtlich der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungsproblematik hierzulande offenstehen. Die erwähnte Pax-Christi-Plattform formuliert: „Für Kirche und Christen muß das Eintreten für Abrüstung die gleiche moralische Dringlichkeit erlangen wie der Kampf gegen Hunger und Not sowie für weltweite soziale Gerechtigkeit.“ Gerade das Nebeneinandernehmen der Bereiche Abrüstung und Entwicklung macht aber eine Grundschwierigkeit deutlich: Während die Kirchen neben der staatlichen Entwicklungspolitik durch eigenes Handeln deutliche Zeichen setzen können und auch gesetzt haben, ist Vergleichbares beim Problem Abrüstung und Sicherheit nicht möglich. Selbst die viel beschworene Zeichenhaftigkeit der Kriegsdienstverweigerung leidet ja darunter, daß sich in vielen Fällen spezifisch christliche Motive mit solchen verbinden, die kaum als Konkretion des Friedensauftrags der Kirchen angesehen werden können.

Allerdings könnten die Kirchen durchaus intensiver als bisher nicht nur die staatliche Entwicklungspolitik, sondern auch die Sicherheitspolitik *kritisch begleiten*. Dazu sind etliche Voraussetzungen vonnöten: Zunächst müssen sich die Kirchen vor einem angesichts der Komplexität der Probleme einerseits und der in ihnen sichtbar werdenden ethischen Herausforderung andererseits naheliegenden *Dilettantismus* in acht nehmen. Viele Diskussionsbeiträge aus dem kirchlichen Raum leiden darunter, daß sie sich

auf emotionsauslösende Schlagworte beschränken oder einzelne Bereiche aus einem politischen Gesamtzusammenhang isolieren. Appelle ohne Analyse nützen nur wenig. Gerade die Kirchen müßten daran interessiert sein, daß sicherheitspolitische Probleme in einer breiten Öffentlichkeit möglichst sachkundig und umfassend diskutiert werden. Nichts schadet gerade dieser Sache mehr als die weitverbreitete Tabuisierung und die verständliche Berührungsangst. Auch Christen und Kirchen können ihre Anliegen nur im Horizont und unter Anerkennung der *faktischen Machtkonstellationen* und der *unleugbaren Problemkomplexität* einbringen, wenn sie überhaupt Gehör finden wollen. Die Analysen des Pax-Christi-Dokuments zu Rüstungskontrolle und Abrüstung liefern dafür ein gutes Exempel, auch wenn man die Akzente im einzelnen anders setzen mag.

Damit stellt sich dann das Problem, inwieweit Kirchen jenseits der Alternative von vollständigem Rüstungsverzicht oder kritikloser Legitimierung der faktischen Sicherheitspolitik sich mit *konkreten Vorschlägen* zur militärischen Sicherheit und zur Abrüstung zu Wort melden sollen oder können. Daß so etwas möglich ist, beweist ein Blick auf die Niederlande: Dort hat sich erst Ende letzten Jahres die Synode der Reformierten Kirche mit deutlicher Mehrheit für eine einseitige Atomabrüstung der Niederlande ausgesprochen und sich damit einer schon seit mehreren Jahren angelaufenen Kampagne des Interkirchlichen Friedensrates angeschlossen.

Auch in der Bundesrepublik plädieren Stimmen aus dem kirchlichen Raum für einseitige Abrüstungsvorleistungen als Ausweg aus der sich verhärtenden Rüstungssituation. Auf dem Berliner „Katholikentag von unten“ wurde eine „Erklärung katholischer Christen gegen die Atomrüstung“ initiiert, die zur Verminderung der atomaren Rüstung in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren aufruft. Die zu erwartende öffentliche Diskussion über den Nachrüstungsbeschluß der Nato, vor allem die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik, dürfte auch die Debatte in kirchlichen Kreisen nochmals intensivieren.

Sowohl was die Frage nach Abrüstungsvorleistungen im allgemeinen wie die nach der Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen im besonderen anbelangt, kann es unter der Prämisse der unauflösbaren Spannung zwischen Engagement für Abrüstung und Anerkennung der Notwendigkeiten westlicher Sicherheitspolitik unter Christen *unterschiedliche Meinungen* geben; hier zählen politische und nicht theologische Argumente. Die Erklärung „Sicherung des Friedens“ formuliert vorsichtig: „Die Notwendigkeit zum Nachrüsten kann somit die Folge von Versäumnis sein.“ Es sollten also darüber möglichst keine Glaubenskriege geführt werden. Die Widersprüchlichkeiten und Zwänge einer Friedenssicherung durch Abschreckung auf der Basis eines militärischen Gleichgewichts müssen auch hier vielmehr ausgehalten werden. Jedenfalls werden sich die Kirchen, sollten sie sich in Zukunft stärker für Frieden, Sicherheit und Abrüstung engagieren, mit zweierlei abfinden müssen: zum einen, innerhalb ihrer

Gemeinden und Gruppen unterschiedliche Optionen zu ertragen und miteinander im Gespräch zu halten, zum anderen es in der sicherheitspolitischen Diskussion keiner Seite ganz und gar recht machen zu können, weder Entspannungseuphorikern noch undifferenzierten Konfrontations- und Containment-Befürwortern.

Bei all dem bleibt unbestritten, daß die einzelnen Christen und ihre Kirchen sehr viel für den Frieden tun können und auch tun müssen. Nur ist gerade im Blick auf die schon angelaufene und weiterhin zu erwartende Diskussion über Abrüstung und Sicherheit Vorsicht und vor allem Nüchternheit geboten. Die grundlegende Aufgabe hat *Eberhard Stammler* in einer unlängst vorgelegten Analyse der bisher

im deutschen Protestantismus geführten Debatte so formuliert: „Die Kirchen sollten die Lobby des Friedens sein, indem sie sowohl unerbittlich den Skandal der Rüstungseskalation ins Bewußtsein rufen als auch unbeirrt Wege der Versöhnung und der Verständigung ebnen“ (Evangelische Kommentare, Januar 1981, S. 10). Welche konkreten Schritte in der Umsetzung dieses Auftrags jeweils nötig und möglich sind, ist nicht nur eine Frage des guten Willens und der sorgfältigen Analyse, sondern ebenso des angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse politisch Machbaren. Das Ziel ist klar, die Notwendigkeit, es anzustreben, ebenfalls. Nur wie der Weg aussehen kann, läßt sich nicht vorhersagen.

Ulrich Rub

Vorgänge

Johannes Paul II.: Akzente zum Jahreswechsel

Daß der Mensch der Weg der Kirche sei, war eine der programmatischen Aussagen der Antrittsenzyklika Johannes Pauls II. Seit Beginn seines Pontifikats hat sich der Papst denn auch immer wieder mit großer Intensität zum Anwalt der unveräußerlichen Menschenrechte angesichts der Nöte und Bedrohungen gemacht, denen Menschen und Völker gegenwärtig ausgesetzt sind. Eine ausführliche und umfassende *Bilanz seines Wirkens* „ad extra“ im Jahr 1980 zog Johannes Paul II. in der Ansprache anlässlich des traditionellen Weihnachtsempfangs für die Kurie und das Kardinalskollegium am 22. Dezember (Osservatore Romano, 22./23. 12. 80). Diese Ansprache ist nicht nur addierende Aufzählung, die an die Reisen wie an Begegnungen mit den Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erinnert, sondern gibt einen aufschlußreichen Einblick in das Bild des Papstes von den Aufgaben der Kirche in der gegenwärtigen Welt, nicht zuletzt auch von seinem Selbstverständnis in diesem Kontext.

Dieses Selbstverständnis kommt gleich zu Anfang deutlich zum Ausdruck: Der Papst, dem „die ganze Wirklichkeit des Menschen, die ganze komplexe Situation der pluralistischen Ge-

sellschaft in ihrer Verschiedenartigkeit“ vor Augen stehe, wolle nicht nur Mittelpunkt der Einheit der Kirche sein, sondern auch „der Bezugspunkt für das universale Verlangen nach Brüderlichkeit und internationaler Zusammenarbeit zwischen den Völkern“. An erster Stelle kommt ein *Rückblick auf die Reisen* des Jahres 1980 zu stehen. Als Grundthema seiner Afrikareise nennt Johannes Paul II. die Bemühung um eine Verbindung zwischen katholischer Universalität und den Werten der afrikanischen Kultur; im Blick auf seinen Aufenthalt in Brasilien erinnert der Papst daran, daß zum Evangelisationsauftrag der Kirche auch das Bemühen um die Überwindung sozialer Ungerechtigkeit gehöre.

Seine Besuche in Frankreich und in der Bundesrepublik sieht der Papst in einem engen Zusammenhang: Es seien Begegnungen der Kirche mit „Nationen von uralter europäischer Kultur ..., mit den positiven Anstößen ihrer Zivilisation für die intellektuelle und geistige Entwicklung der Menschheit“ gewesen. Dann werden auch die Schattenseiten genannt: moralische Permissivität und die Versuchung durch den Reichtum. Johannes Paul II. stellt den Völkern Europas

nochmals den heiligen Benedikt vor Augen, der den Erdteil an sein geistliches Erbe erinnern könne.

Einen weiteren Schwerpunkt der Ansprache bildet die Sorge der Kirche um den Frieden. Der Papst zählt als „Schatten“ über dem Frieden in der Welt den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak, die Lage in Afghanistan, im Libanon, in Irland und in Mittelamerika. Eine entschiedene Absage gilt dem Terrorismus: „Ich bitte die Männer der Gewalt, die dennoch meine Brüder sind, von ihrem Weg des Todes abzulassen.“

Die Kirche, so fährt der Papst fort, kümmere sich nicht nur um die Probleme der Kontinente und Völker, sondern wende sich *jedem Menschen* in seinen *konkreten Lebensumständen* zu: „Für die Kirche gibt es keine amorphe Masse oder ein namenloses Kollektiv; sie weiß, daß jede gesellschaftliche und politische Wirklichkeit aus einzelnen Menschen besteht.“ Dabei gilt die Aufmerksamkeit Johannes Pauls II. zunächst dem Problem der Arbeit; die Arbeiter überall auf der Welt sollten wissen, daß ihnen die Kirche nahe sei, sie hochschätze und liebe. Genannt wird ebenso die „große Welt der Kultur“. Nur die Kirche, so der Papst, die das Evangelium Christi un-